Stand: 13.11.2025 19:19:43

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2381

"Periodischer Sicherheitsbericht und Kriminalstatistik"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/2381 vom 24.06.2014
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/2664 des KI vom 09.07.2014
- 3. Beschluss des Plenums 17/3131 vom 30.09.2014
- 4. Plenarprotokoll Nr. 25 vom 30.09.2014



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

24.06.2014 Drucksache 17/2381

Antrag

der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl SPD

Periodischer Sicherheitsbericht und Kriminalstatistik

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ab dem Jahr 2015 nicht nur eine Kriminalstatistik alter Art vorzulegen, sondern dem Landtag auch einen periodischen Sicherheitsbericht, der eine verlässliche jährliche Bestandsaufnahme der Kriminalitätslage enthält, die über die bloße Analyse der Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken hinausgeht.

Begründung:

- Der Nachteil einer jeden Aussage zur Entwicklung von Kriminalität, die auf Daten über "registrierte" Kriminalität gestützt ist, besteht darin, dass unklar ist, ob die statistischen Zahlen die Entwicklung der "Kriminalitätswirklichkeit" widerspiegeln oder ob sie lediglich das Ergebnis der Verschiebung der Grenze zwischen Hell- und Dunkelfeld sind. Ohne Zusatzinformationen aus Dunkelfeldforschungen bleibt es ungewiss, ob die kriminalstatistischen Zahlen die Entwicklung der "Kriminalitätswirklichkeit" adäquat wiedergeben.
- Die fehlende Dunkelfeldforschung ist eine unverzichtbare Ergänzung der amtlichen Statistiken. Letztere stellen derzeit nur das Hellfeld der Kriminalität dar. Für eine rationale Kriminalpolitik ist jedoch die Dunkelfeldforschung ebenso unverzichtbar wie die Kriminalstatistik selbst.
- 3. Die Gesamtaufklärungsquote hat keine eigenständige Aussage-kraft. Und auch innerhalb einzelner Deliktsbereiche ist die kriminalstatistische Aussage begrenzt. So sind von 100 wegen Mordes oder Todschlags ermittelten erwachsene Tatverdächtige nur etwa 25 Prozent deswegen verurteilt worden, bei Raub 28 Prozent, bei schwerer Körperverletzung 17 Prozent und bei einfacher Körperverletzung 15 Prozent. Es erhebt sich daher die Frage, was mit den erwachsenen Tatverdächtigen geschehen ist, die nicht verurteilt worden sind. Da es in Deutschland keine Verlaufsstatistik gibt, kann statistisch nicht ermittelt werden, wie die Ermittlungsverfahren gegen Beschuldigte abgeschlossen worden sind. Im Strafrechtsbereich erlaubt sich also der Staat, "ohne anständige Buchhaltung zu arbeiten". Ohne eine solche Buchhaltung gibt es aber auch keine Erfolgskontrolle. Endziel muss daher eine Verlaufsstatistik sein.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

09.07.2014 Drucksache 17/2664

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Drs. 17/2381

Periodischer Sicherheitsbericht und Kriminalstatistik

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

"Sicherheitsbericht und Kriminalstatistik

Die Staatsregierung wird aufgefordert, spätestens im Jahr 2016 dem Landtag nicht nur eine Kriminalstatistik alter Art vorzulegen, sondern auch einen Sicherheitsbericht, der eine verlässliche Bestandsaufnahme der Kriminalitätslage enthält, die über die bloße Analyse der Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken hinausgeht."

Berichterstatter: Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
Mitberichterstatter: Manfred Ländner

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 17. Sitzung am 9. Juli 2014 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

30.09.2014 Drucksache 17/3131

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl SPD

Drs. 17/2381, 17/2664

Sicherheitsbericht und Kriminalstatistik

Die Staatsregierung wird aufgefordert, spätestens im Jahr 2016 dem Landtag nicht nur eine Kriminalstatistik alter Art vorzulegen, sondern auch einen Sicherheitsbericht, der eine verlässliche Bestandsaufnahme der Kriminalitätslage enthält, die über die bloße Analyse der Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken hinausgeht.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Protokollauszug 25. Plenum, 30.09.2014

Bayerischer Landtag – 17. Wahlperiode

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln

beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Frak-

tionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstim-

mungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist,

den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Keine

Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Damit über-

nimmt der Landtag diese Voten.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich schließe die Sitzung und

wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 19.15 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:	
(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
` ,	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss
	-

 Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD Nazi-Aufkleber bei der Polizei - Aufklärung und Konsequenzen dringend geboten! Drs. 17/2096, 17/2665 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Sicherheit bei Sportveranstaltungen Drs. 17/2294, 17/2666 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Anlage zur 25. Vollsitzung am 30. September 2014

3.	Antrag der Abgeordnet Angelika Schorer u.a. (Maßnahmen der Städt Drs. 17/2300, 17/2789	CSU ebauförderung	scher, Dr. Florian Herr	mann,
	Votum des federführer Kommunale Fragen, In		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
4.	Antrag der Abgeordnet Klaus Adelt u.a. SPD Periodischer Sicherhei Drs. 17/2381, 17/2664 Votum des federführer	tsbericht und Kriminal (E) nden Ausschusses für	statistik	engert,
	Kommunale Fragen, In	nere Sicherheit und S		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
5.	Antrag der Abgeordnet Katharina Schulze u.a. Cybercrime - Zusamme millionenfachen Datene Drs. 17/2408, 17/2791	und Fraktion (BÜNDN enarbeit von BSI und I diebstahl	NIS 90/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführer Kommunale Fragen, In		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
6.	Antrag der Abgeordnet Norbert Dünkel u.a. CS Bericht zum Bayerisch Drs. 17/2513, 17/2790	SU en Handlungskonzept		smus
	Votum des federführer Kommunale Fragen, In		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

zur 25. Vollsitzung am 30. September 2014

7.	Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger,
	Josef Zellmeier u.a. CSU
	Umsetzung der Erkenntnisse der Untersuchungsausschüsse des Bayerischen
	Landtags und des Deutschen Bundestags zum NSU
	Drs. 17/2550, 17/2667 (ENTH) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bericht zum Vorfall mit Todesfolge in der JVA Landshut Drs. 17/2201, 17/3074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
 Bericht über den Tod eines Untersuchungshäftlings
 Drs. 17/2214, 17/3073 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z